

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Reichskanzler hat sich dahin ausgesprochen, daß die Reparationsfrage nicht zu regeln sei, wenn der künstlich geschürte Separatismus weiter unterstützt und die besetzten Gebiete dauernd in Erregung gehalten würden.

Der 1. Sachverständigenausschuß hat einen Bericht veröffentlicht, wonach er die Errichtung einer Goldnotenbank, mit der auch der deutsche Reichsbankpräsident einig geht, als nützlich für die Stabilisierung unserer Währung halte. In Berlin scheint man mit den Ergebnissen der Untersuchungen dieses Ausschusses und seiner Haltung zufrieden zu sein.

Zwischen London und Paris ist, wie die Presse meldet, eine „neue herzliche Atmosphäre“ geschaffen worden. Die Herren Poincaré und Macdonald scheinen das Bestreben zu haben, sich nur Gutes zu sagen und zu erweisen, und so hat man sich jetzt schon über den Eisenbahnverkehr im englischen Besatzungsgebiet geeinigt, über die Pfalz will man ebenfalls zu einem Abkommen gelangen, und den Hauptschlager soll dann die große Abmachung über das Rheinland überhaupt bringen, wonach das Rheinland „internationalisiert“ und unter die Kontrolle des Völkerbunds gestellt wird. Auch die militärische Kontrolle über Deutschland soll dieser Institution von Ententegegnern übertragen werden. — Das ist der neue englische Plan.

Der Fall Lloyd George beginnt sich dahin zu entwickeln, daß Wilson nach dem Urteil zweier einwandfreier Zeugen tatsächlich mit Clemenceau gegen Lloyd George gearbeitet hat, und zwar sowohl in der Entschuldigungs- wie in der Besatzungsfrage und der Frage der Gestaltung der deutschen Ostgrenze.

Die Berliner Presse nimmt Stellung zu den Versuchen der letzten Tage, die deutsche Rentenmark zu Fall zu bringen.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Der deutsche Reichskanzler über die Reparationsfrage.

Berlin, 10. Febr. In einer Unterredung mit dem Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes, Dr. Sildebrand, erklärte, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, der Reichskanzler u. a., er erwarte, daß die Sachverständigenausschüsse zu einer ähnlichen Ansicht kommen dürften, wie sie deutscherseits vertreten werde, daß nämlich Deutschland seinen Haushalt balancieren und seine Valuta stabilisieren könne nur unter der Voraussetzung, daß im Ruhrgebiet sobald wie möglich die wirtschaftliche und die finanzielle Hoheit des Reiches wiederhergestellt werde. Der Kanzler führte aus, daß der Standpunkt der Reichsregierung in der Reparationsfrage der gleiche sei, wie er in dem deutschen Memorandum vom Juni 1923 dargelegt worden sei. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands seit der Mitte des vorigen Jahres. Der Kanzler sagte zum Schluß, von einem Deutschland, das durch den künstlich geschürten Separatismus und dauernde Bedrückung beunruhigt und in ständiger Erregung gehalten werde, sei Arbeit für Reparationen nicht zu erwarten. Wenn die Arbeiten der Komitees der Sachverständigen zur Vertiefung dieser Erkenntnis beitragen, so würden sie nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern der gesamten Menschheit außerordentliche Dienste erweisen und aus der gegenwärtigen Situation Europas den schlimmsten Brandherd entfernen.

Abkehr von der Besatzungspolitik?

Paris, 10. Febr. Das Abkommen über den Eisenbahnverkehr in der britischen Zone gibt dem „Journal des Débats“ Anlaß zu erklären, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie baldigst verschwinden müsse. Im Interesse der Besatzungsmächte und der besetzten Gebiete müßten die fremden Eisenbahner nach Hause zurückkehren. Es sei gut gewesen, während der kritischen Tage des passiven Widerstandes die Laten der Eisenbahnregie

zu loben. Heute aber sei es lächerlich, sie als die Verwirklichung der Prosperität oder als ein Instrument der Zukunft hinzustellen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Schaffung eines internationalen Organismus die Sicherheitsgarantien und eine persönliche Verwaltung erzeugen könne. Das verlorne Frankreich und zwar geführt von Persönlichkeiten, die gesunde Ideen hätten. Seit 1919 hätten die professoralen Lehren in Frankreich ebensoviel Schaden gebracht, wie bei den Deutschen. Man habe geglaubt, die Vergangenheit kopieren zu können, aber der Geist der Nachahmung sei verhängnisvoll. Man könne auf die Deutschen von 1914 nicht die Methoden von 1648 und 1870 anwenden. In gewissen französischen Kreisen habe man den grundlegenden Irrtum begangen, anzunehmen, die französische Sicherheit werde sich aus einer unbegrenzten französischen militärischen Besetzung ergeben. Man habe nicht darüber nachgedacht, daß diese Besetzung nicht nur die Deutschen, sondern alle Welt unvermeidlich gegen Frankreich aufbringen werde, und daß die allgemeine Lage Frankreichs selbst in militärischer Hinsicht dadurch sehr geschwächt werde. Unter den Umständen, unter denen der Krieg beendet worden sei, hätte man sich bemühen müssen, an der Ostgrenze internationale Garantien, gegründet auf einen Verwaltungsorganismus und eine militärische Kontrolle, zu schaffen. Das hätte man so einrichten müssen, daß es dem rechtsrheinischen Deutschland fast unmöglich geworden wäre, einen neuen Angriff durchzuführen. Für alle Personen, die Deutschland und die deutsche Geschichte kennen, hätte dieses Verwaltungssystem nicht in einem Separatismus bestehen dürfen. Es wäre leicht gewesen, das Rheinland mit einem Statut zu versehen, das diese Provinzen gesichert hätte, ohne die patriotischen Leidenschaften zu schüren. Die übergroße Mehrheit der Rheinländer fürchte ebenso sehr wie die Franzosen, ja noch mehr, einen neuen Krieg. Sie seien vorbehaltlos geneigt, Maßnahmen anzunehmen, ja sogar vorzuschlagen, die Frankreich und das Rheinland schützen könnten. Das „Journal des Débats“ gehört zu den einflussreichsten Pariser Blättern. Es scheint also, daß man in Frankreich nun zu neuen Methoden — kaum zu einer neuen Grundanschauung — in bezug auf die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland übergehen will. Ob hier schon der Briefwechsel Poincaré-Macdonald sich auswirkt? Es würde sich dann lediglich darum handeln, daß das englische Lieblingsthema der „Internationalisierung“, d. h. der Ententisierung des Rheinlands wieder aufgegriffen würde.

„Eine neue herzliche Atmosphäre“ zwischen Paris und London.

London, 9. Febr. Reuter erzählt, daß die britische Regierung jetzt gewisse neue Vorschläge, die von der französischen Regierung zur Regelung der pfälzischen Frage gemacht wurden, prüft. Diese Vorschläge, die den Wunsch an den Tag legten, die Frage billigerweise geregelt zu sehen, würden angesehen als der Ausdruck der neuen herzlichen Atmosphäre, die zwischen Paris und London vorherrsche. Weiter erzählt Reuter, daß die alliierten Oberkommissare in Koblenz wieder über die Regelung der Frage der Kölner Bahnen verhandelten. Es werde zuverlässig erwartet, daß ein Uebereinkommen erzielt wird auf der Grundlage des französisch-englischen Protokolls vom 14. Dezember, welcher der französischen Regie Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch die britische Zone gewährte. Man sei der Ansicht, daß für den vollständigen Abschluß des Uebereinkommens nur noch die Erörterung technischer Einzelheiten notwendig sei, die nächste Woche an Ort und Stelle beginnen werde.

London, 9. Febr. Der „Star“ meldet, die Regierung erwäge die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Einschränkung der militärischen Rüstungen. Bisher sei keine Mitteilung an irgend ein anderes Land abgegangen, aber nach der in Aussicht stehenden Zusammenkunft Macdonalds mit dem französischen Ministerpräsidenten in Paris werde im Frühjahr eine internationale Konferenz einberufen werden.

Der 1. Sachverständigenausschuß über die Frage der Goldnotenbank.

Berlin, 9. Febr. Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses führten dazu, mit Einstimmigkeit in großen Zügen einen Plan festzulegen, den

es für die Errichtung der neuen deutschen Goldnotenbank anempfehlen wird, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Rentenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien wurden dem Reichsbankpräsidenten Schacht zur Kenntnis gebracht, der durchaus den Eindruck hat — unter dem auch die Sachverständigen selber stehen — daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutsamste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Valuta und zur Ausbalanzierung des deutschen Etats erweisen wird. Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber ausdrücken, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten werde, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Schacht erklärte dem Komitee, daß er bei Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung seiner Goldnotenbank es so einrichten wolle, daß ihr Aufgehen in die von dem Komitee vorzuschlagende Notenbank erleichtert werde. Schacht wird am 16. Februar mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammentreffen.

Die Berliner Stellen mit den Arbeiten des 1. Sachverständigenausschusses zufrieden.

Berlin, 10. Febr. Zu dem von dem 1. Sachverständigenkomitee veröffentlichten Communiqué wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: Die offizielle Auslassung des Sachverständigenkomitees, daß es keine Währungsarbeiten hiermit vorerst beendet haben dürfte, zeigt in erfreulicher Weise, daß das Zusammenarbeiten zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfing, Vorschläge für eine definitive Regelung der deutschen Währung zu machen, hat seine Arbeiten von vornherein unverändert auf diesen Endzweck gerichtet. Der dahingehende Plan hat die Vereinheitlichung der bisher verschiedenen deutschen Zahlungsmittel auf einer einzigen Goldbasis zum Ziel. Die Gedankengänge, die das Komitee dabei leitete, sind derart, daß auch von deutscher Seite ein Erfolg daraus erwartet wird. Andererseits verkannte das Komitee niemals, daß unsre derzeitigen Wirtschafts- und Verhältnisse ein promptes Handeln erfordern. Die Sachverständigen werden diese Auffassung der Reparationskommission gegenüber ausdrücken. Sie zeigen durch die bereits für den 18. Februar in Paris angelegte Fortführung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der beschleunigten Lösung des Problems ernst ist. Um die von dem Reichsbankpräsidenten eingeleiteten Arbeiten auf baldige Heranziehung des inländischen und ausländischen Goldkapitals für die Zwecke der deutschen Wirtschaft nicht zu behindern und ihre Weiterführung zu ermöglichen, hat die Kommission die Erklärungen des Reichsbankpräsidenten entgegengenommen und in ihrem Communiqué zum öffentlichen Ausdruck gebracht, daß die Arbeiten des Reichsbankpräsidenten so geführt werden, daß das Aufgehen der heranzuziehenden Kapitalien in dem von den Sachverständigen ins Auge gefaßten definitiven Plan vorgelesen wird. Aus der somit von allen beteiligten Stellen bezugten prompten Arbeitswilligkeit und der übereinstimmenden grundsätzlichen Auffassung geht hervor, daß die letzten spekulativen Vorgänge auf dem Devisenmarkt jeder Begründung entbehren und daß die Ueberführung des derzeitigen Wertverhältnisses unserer Zahlungsmittel in den definitiven Zustand mit Sicherheit in Aussicht steht.

Der Traid mit der Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 10. Febr. Der diplomatische Redakteur der Havasagentur hat in französischer und englischer diplomatischer Kreise festgestellt, daß von der von der „Cronaca“ gemeldeten diplomatischen Aktion nichts bekannt sei. — Das radikale Blatt hatte bekanntlich berichtet, Macdonald habe die Absicht, die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland durch den Völkerbund vorzuschlagen und zwar unter sehr strengen Bedingungen, wenn Poincaré seinerseits sich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht widersetze. — Also militärische Kontrolle von Seiten des Völkerbunds. Wir sehen, wozu der Völkerbund benützt werden soll, nicht um uns frei zu machen, sondern um uns noch mehr zu fesseln.

Frangösisch-englische Einigung über den Kölner Brückentopf.

Paris, 9. Febr. Savas bestätigt in einer Meldung aus Düsseldorf, daß gestern in Koblenz zwischen den englischen und französischen Delegierten in der Rheinlandskommission eine Regelung der Eisenbahnfragen in der britischen Zone erfolgte. Das Abkommen ist auf der Grundlage des Abkommens abgeschlossen, das am 14. Dezember 1923 in Mainz zwischen dem Vertreter der Eisenbahnregie und den Vertretern der Reichseisenbahn vereinbart wurde. Nach diesem Abkommen bleiben die Eisenbahnen im Brückentopf von Köln unter der Leitung der deutschen Reichseisenbahn, jedoch wird der Eisenbahnregie alle notwendige Erleichterung gegeben, ihre Züge durch die britische Besatzungszone durchzuführen (1), damit der normale Eisenbahnverkehr, wie er vor der Besetzung des Ruhrgebiets bestanden hat, wiederhergestellt werden kann. Eine technische Kommission, bestehend aus einem englischen, französischen und deutschen Sachverständigen, wird über die Durchführung des Abkommens verhandeln. Die erste Konferenz der Sachverständigen findet am 1. März in Mainz statt.

Ein zweiter Zeuge für Lloyd George.

Rom, 19. Febr. Der frühere italienische Ministerpräsident Orlando bestätigt in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Giornale d'Italia“, daß Wilson und Clemenceau, wie in Konferenzen allgemein bekannt gewesen sei, zwar nicht einen Vertrag, wohl aber ein Abkommen über die Besetzung der Rheinlande abgeschlossen hätten. Er, Orlando, habe keinen Anteil daran gehabt. Das Blatt bemerkt dazu, Wilson, der neue Messias und Moses, sei so allen seinen 14 Punkten untreu geworden, indem er Deutsche an Tschechen und Polen verstoßen habe und den Franzosen den Einzug in das Rheinland bewilligte, obwohl sie schon damals die Absicht gehabt hätten, dort zu bleiben. — Die Ausführungen Orlando zeigen doch ziemlich eindeutig, daß die Auffassung, als ob Wilson seine „Ideen“ nicht habe durchsetzen können, grundfalsch ist.

Poincaré erkrankt?

Paris, 10. Febr. Poincaré, der seit ein paar Tagen an einer leichten Grippe leidet, ist heute Vormittag nicht nach dem Ministerium des Äußern gekommen. Er wird den ganzen Tag das Zimmer hüten, um von morgen ab der Fortsetzung der Debatte in der Kammer beiwohnen zu können.

Eine Rechtfertigung der deutschen Botschaft durch die amerikanische Regierung.

Washington, 10. Febr. Wie verlautet, erklärte das Staatsdepartement Pressevertretern, daß die deutsche Botschaft durch ihre Haltung in der Flaggenfrage die internationale Höflichkeit nicht verletzt habe.

Die Berliner Presse über die Versuche zur Sabotierung der Rentenmark.

Berlin, 9. Febr. Im Zusammenhang mit einer leichten Abschwächung der Mark an der New Yorker Börse und einigen anderen ausländischen Plänen, die sich auf irgendwelche Gerüchte über „eine ernste Krise der Rentenmark“ stützt, weisen die Blätter darauf hin, daß diese Meldungen keinerlei wie immer geartete Unterlagen haben. Die Tatsache der vermehrten Devisenanforderungen an der Berliner Börse berührt die Rentenmark nicht im mindesten, denn selbst wenn dadurch die Herausgabe der Devisenurkunde bedingt wäre, würde dies höchstens das Verhältnis zwischen der Papier- und der Rentenmark verschieben. Sämtliche Blätter führen die Abschwächung der Papiermark an einigen Auslandsbörsen auf ein Spekulationsmanöver zurück, dem man aber deutscherseits in voller Ruhe entgegensehen könne. — Der „Totalanzeiger“ weist darauf hin, daß ähnliche Versuche, die Mark zu sabotieren, schon früher, z. B. in Rotterdam gemacht worden seien, daß aber immer die Baisse Spekulation dabei schwere Verluste erlitten habe. — Die „Germania“ betont, daß für den wahren Wert der Währung das Quantum des Geldumlaufs maßgebend sei. Bleibe dieses Quantum stabil oder werde es gar geringer, dann sei der innere Wert der Währung gesichert. Jede valutatorische Verschlechterung könne binnen kurzem rückgängig gemacht werden, sobald den Spekulanten der Atem ausginge. Laut Reichsbankausweis habe der deutsche Notenumlauf nicht etwa zugenommen, sondern um 21 Trillionen Papiermark, also 21 Millionen Goldmark, abgenommen. Eine Inflationsgefahr sei also in keiner Weise vorhanden. — Der „Börsenkurier“ schreibt: Wie günstig sich tatsächlich die Rentenmark entwickelt hat, wird man demnächst aus dem Rentenbankausweis vom 31. 1. 1924 ersehen; u. a. wird man erfahren, welchen überraschend hohen Betrag seines Rentenmarktreibites das Reich an die Bank zurückzahlen konnte und daß es dazu in der Lage war, weil die Steuereingänge im Januar die Erwartungen übertrafen. Die erhöhten Devisenanforderungen an der Berliner Börse gehen, wie die Blätter betonen, nach verlässlichen Kontrollfeststellungen fast durchweg auf Anforderungen der Leder- und Textilindustrie zurück, die damit die erfreuliche Tatsache ihres Wiederauflebens dartun.

Deutschland.

Die Wahlen in Thüringen.

Erfurt, 11. Febr. (2 Uhr früh.) Ein Bild über die Verteilung der Stimmen bei den gestrigen Wahlen läßt sich zur Stunde noch nicht geben, da die Berichte verhältnismäßig spärlich eingelaufen sind. In Weimar, Arnstadt, Gera, Rudolstadt, Gotha, wo eine Zunahme der bürgerlichen Stimmen stattgefunden hat, ist mit einer bürgerlichen Mehrheit zu rechnen. Auch in Meiningen und Sondershausen scheint eine bürgerliche Mehrheit gesichert. In Altenburg und Saalfeld scheinen die Stimmen zwi-

schen rechts und links gleichmäßig verteilt. In Ruhlra bleibt die kommunistische Mehrheit bestehen, ebenso in den thüringischen Industriebezirken und den kleineren Industrieplätzen um Jhmenau.

Eisenach, 11. Febr. Bei der gestrigen Wahl im Eisenacher Kreise wurden folgende Stimmen abgegeben: für den Ordnungsbund 3000, die Deutschösterreichischen 180, die Sozialdemokraten 600, die Unabhängigen 102 und die Kommunisten 167.

Die Bürgererschaftswahlen in Pübeck.

Pübeck, 11. Febr. Bei den gestrigen Bürgererschaftswahlen wurden folgende Stimmen abgegeben: Für die Kommunisten 3896, die Sozialdemokraten 25 636, die Haus- und Grundbesitzer 7891, die Demokraten 6556, die Wirtschaftsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bürgerbund) 19 506, die Deutschösterreichischen 5402. Es erhalten demnach die Kommunisten 10, die Sozialdemokraten 28, die Haus- und Grundbesitzer 8, die Demokraten 7, die Wirtschaftsgemeinschaft 21 und die Deutschösterreichischen 6 Sitze. Während sich die Bürgererschaft bisher aus 45 Sozialdemokraten und Kommunisten und 35 bürgerlichen Abgeordneten zusammensetzte, stehen nunmehr 38 Abgeordneten der Linken 42 Bürgerliche gegenüber.

Bermischte Nachrichten.

Lawinenunglücksfälle.

Pinz, 10. Febr. Bei einer Lawinenkatastrophe im Griserer Gebiet wurden 8 Holzarbeiter verschüttet, wovon bisher 5 als Leichen geborgen wurden. Durch Lawinensturz vom Gamskogel, der einen großen Waldbestand vernichtete, wurden im Kaargraben 3 Arbeiter begraben. In Aufsee verschüttete eine Staublawine von den Hängen des Grimming 5 Telegraphenarbeiter. Zwei blieben unverletzt. Die drei übrigen wurden tot aus dem Schnee gezogen. Der Verkehr auf der Salzkammergutbahn ist durch Lawinenstürze unterbrochen. Von Pinz gingen Pioniere und anderes Militär an die Unfallstellen ab.

Wien, 9. Febr. Aus verschiedenen Gegenden Oesterreichs werden neue Lawinenstürze gemeldet. Man zählt bereits zahlreiche Opfer. Gestern allein fanden 30 Personen (Holzhauer) den Tod.

Polizeilicher Radiodienst.

Zur schnelleren Aufklärung von Verbrechen gelangt nunmehr auch im Polizeiwesen der Funkverkehr zur Einführung. Die Funkstation Schleißheim der Landespolizei München steht von jetzt an in Funkverkehr mit Stuttgart, Ulm, Nürnberg, Frankfurt, Berlin und Friedrichshafen. Die Einrichtung wird zweifellos in wichtigeren Strafverfolgungsfällen wertvolle Dienste leisten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Februar 1924.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r fand am Donnerstag nachmittags eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Der Vorsitzende erläuterte in eingehenden Ausführungen die Wirkung des neuen Gesetzes für Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 1923/24, und die für die Stadtgemeinde Calw daraus zu ziehenden Folgerungen. Früher seien diese Steuern immer nur im Zusammenhang mit der Beratung des Voranschlags der Gemeinden behandelt worden, weil der Abmangel des Gemeindehaushalts auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer umgelegt worden sei. Heute sei es nicht möglich, einen Voranschlag vorzulegen, da die Zahlen, die zur Verfügung ständen, in ihrem inneren Werte so verschieden, und die Einnahmen aus der Reichseinkommen- und der Umsatzsteuer, an denen die Gemeinden Anteil haben, auch heute noch nicht bekannt seien. Nach der bevorstehenden 3. Steuernotverordnung sollen ja künftig aus der Reichseinkommensteuer 90 Proz. den Ländern und den Gemeinden überlassen werden; in welchem Verhältnisse dieser Anteil unter Staat und Gemeinden verteilt werden soll, sei allerdings noch nicht bekannt. Von der Umsatzsteuer wolle das Reich 2 Proz., und zusammen 1/2 Proz. solle an Staat und Gemeinden fallen. Die Verteilung des letzteren Anteils solle dann so vorgenommen werden, daß von dem Gesamtergebnisse des Landes 8 Proz. dem Staat und 12 Proz. den Gemeinden überlassen werden. An der Kraftfahrzeugsteuer sollen ebenfalls die Gemeinden beteiligt werden. Die Gemeinden hätten sich dafür sehr gewehrt, weil von den Kraftfahrzeugen nicht nur die Staatsstraßen, sondern auch die Gemeinde- und Amtskörperschaftsstraßen abgenutzt würden. Mit den vorgenannten Steuerzuteilungen solle aber auch eine neue Lastenverteilung verbunden sein, so stark, daß die Gemeinden kaum in der Lage sein werden, diese Lasten zu tragen. Insbesondere solle das gesamte Fürsorgewesen auf die Gemeinden übertragen werden durch die Einrichtung von Bezirksfürsorgeverbänden, die von den Gemeinden über die Amtskörperschaften finanziert werden sollen. Auch bestehe die Absicht, die Kriegs- und Hinterbliebenenfürsorge den Gemeinden aufzuladen. Eine solche Sanierung des Reichs auf Kosten der Gemeinden sei keine Sanierung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes habe nun das würt. Staatsministerium neue Bestimmungen über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer getroffen, die in zwei Teile zerfallen. In einem Teil wird die Steuerbezahlung geregelt für die zurückliegenden 9 Monate April bis Dezember 1923, im andern Teil für Januar 1924 bis 31. März 1925. Was die Vorauszahlungen für die zurückliegenden 9 Monate anbelange, so hätten diese als endgültige Steuerschuldigkeit an

Staats- und Gemeindesteuern zu gelten, insoweit als die Gemeinden nicht eine förmliche Steuerumlage beschließen. Der Vorsitzende schlug vor, sich mit den Vorauszahlungen als endgültigen Zahlungen einverstanden zu erklären. Das Finanzamt habe bei einigen Gewerbebetrieben auf Grund von Erhebungen noch die Steuern erhöht. Soweit noch Restschulden bestehen, seien diese nachzubehalten und aufzuwerten. Was nun die neuen Steuern ab 1. Januar 1924 anbelange, so seien sie alle auf Goldmark gestellt, und zwar sowohl die Zahlungsschuldigkeit als auch die Kataster. Deshalb müßten die Grund- und Gebäudekataster auf den Friedensstand zurückgeführt werden, und zwar bei Grund- und Gebäudekataster auf 90 Proz. des Friedensstandes, bei Waldungen auf 100 Proz. Beim Grundkataster, das nur mit ganz geringen Summen zu rechnen habe, sei die Abwertung um 10 Proz. unwirtschaftlich und unrentabel. Die Staatssteuer solle auf 5 Proz. festgesetzt werden, die Gemeindeumlage bis zum Höchstmaß von 20 Proz. Der Städte- und der Gemeindegeld hätten angesichts der den Gemeinden aufgebürdeten Lasten den Umlagehöchstmaß von 20 Proz. als zu niedrig befunden. Die vorläufig zu erhebenden Steuerbeträge müßten in Calw unter Zugrundelegung dieses Höchstmaßes angelegt werden, also in den Monaten von Januar bis März 1924 je 1 Zwölftel dieses Satzes. Diese Sätze würden dann als endgültig festgesetzte Steuern gelten. Die Gebäudesteuer, die bisher sehr niedrig gewesen sei, würde jetzt sehr hoch werden im Verhältnis zum letzten Jahre. Eine besondere Zustellung von Steuerzetteln an die Steuerpflichtigen erfolge nicht. Die Gewerbesteuer erfahre eine Änderung insofern, als ab 1. Januar 1924 die Steuer nach dem gewerblichen Reinertrag, und zwar nicht wie bisher des vergangenen Jahres, sondern des Jahres 1924 berechnet werde. Berechnet werden mindestens 5 Proz. des gewerblichen Betriebsvermögens, das der Vermögenssteueranlage auf 31. Dezember 1923 zugrunde gelegt sei. Eine Jahresabrechnung könne also erst nach Ablauf des Kalenderjahres erfolgen. Vorauszahlungen müßten natürlich im Lauf des Jahres geleistet werden, und zwar endgültige und vorläufige Vorauszahlungen. Bis zur endgültigen Feststellung der Steuern ist eine Goldmark von 100 Mark der Betriebseinnahmen des vorangegangenen Monats zu bezahlen. Betriebseinnahmen sind Roheinnahmen nach Abzug von Löhnen und Gehältern. Die Gewerbesteuer werde jetzt auf der Reichseinkommensteuer aufgebaut, und leitere auf der Umsatzsteuer. Auch für die Gewerbesteuer werde ein Steuerzettel nicht herausgegeben. Vom März ab würden die Gewerbesteuer Vorauszahlungen auch nach dem Wert des gewerblichen Betriebsvermögens berechnet. Wenn keine Vorauszahlungen geleistet würden, so müßten für jeden halben Monat 5 % Zuschlag bezahlt werden. Auf Antrag könnten Vorauszahlungen ganz oder teilweise gestundet oder erlassen werden, wenn entsprechende Gründe vorhanden seien. Der Vorsitzende beantragte zum Schluß seiner Darlegungen, zu beschließen, daß für die zurückliegenden neun Monate des Jahres 1923 eine förmliche Steuerumlage nicht erhoben werde, und daß für die Monate Januar, Februar und März des neuen Jahres der vorläufige Gemeindeumlagesatz auf 20 Proz. festgesetzt werde. In der sich an die Ausführungen des Vorsitzenden anschließenden Aussprache erklärte G. R. S a n n w a l d, daß die durch die neue Steuerregelung den Steuerpflichtigen auferlegte Belastung mindestens das 4-5fache des Friedens betrage. Wenn der Städtetag seine Aufgabe darin sehe, ohne Rücksicht auf die Steuerpflichtigen an der Belastung derselben durch zu hohe Steuern beizutragen, so könne man das nicht als wünschenswerte Vertretung der städtischen Interessen bezeichnen. Das im August vom Landtag verabschiedete Steuerzettelgesetz, das die Inflationserscheinungen zur Grundlage gehabt habe, habe heute geradezu unsinnige Verhältnisse gezeitigt. Der Aufbau der Steuern auf der Umsatzsteuer wirke ungerecht. Die Gewerbebetreibenden würden bald nicht mehr in der Lage sein, solche Steuern zu bezahlen. Das Reich solle zuerst bei den Reichsstellen in Berlin abbauen, wo 1918 aufgebaut worden sei. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß die Steuern insgesamt nicht so zerstörend wirken würden, weil die definitive Steuer auf dem Reinertrag basiere. G. R. S t a u d e n m e y e r nahm ebenfalls Stellung gegen die Belastung der Gebäudesteuer um das 16-18fache der bisherigen Sätze, von denen man allerdings sagen müsse, daß sie zu niedrig gewesen seien. Auf eine Anfrage von G. R. P e f f e r erklärte der Vorsitzende, daß die Gebäudesteuer umgelegt werden könne auf die Mieter einschließlich des Hausbesitzers. Auf Anfrage von G. R. B a e u c h l e teilte der Vorsitzende mit, daß die Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeindepflege und nicht ans Finanzamt zu bezahlen seien. G. R. S t a u d e n m e y e r äußerte sich dahin, daß man nicht darum herumkomme, 20 Prozent Gemeindeumlage zu bewilligen. Die Gemeinden hätten ein Interesse daran, sich eine Grundlage zum Wirtschaften zu schaffen. Die Steuern dürften nicht so tragisch genommen werden, denn es seien ja Widerungsbestimmungen vorhanden, von denen ausgiebig Gebrauch gemacht werde. Es müsse auch gesagt werden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger schon lange ihre Steuern bezahlt haben, und daß zeitweise im letzten Jahre 94 Proz. der Reichseinkommensteuer von diesen getragen worden seien. Jetzt müßten eben auch die anderen Kreise herangezogen werden. Auch G. R. S t a u d e n m e y e r vertrat den Standpunkt, daß vor dem Eingreifen der neuen Steuern Gewerbe und Landwirtschaft weniger als die Festbesoldeten zur Steuer herangezogen worden seien. Jetzt sei das allerdings anders. G. R. S a n n w a l d führte diese zeitweise geringere Belastung von Gewerbe und Landwirtschaft auf die Wirkung der Geldentwertung zurück. G. R. S t ü b e r meinte, daß infolge der unübersichtlichen Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in der Inflationszeit diese Gewerbebetreibende im letzten Jahre zu viel Steuer zahlen mußten, weil sie ihren Umlauf nicht den Tatsachen entsprechend mehr angeben vermochten, während manche allerdings, weil sie in der Umsatzberechnung gewandert gewesen seien, daraus Nutzen gezogen hätten. Nachdem G. R. S c h o l l noch bemerkt hatte, daß der größte Teil der Schuld an der Inflation auf die Nichtentziehung der Kriegsgewinne zurückzuführen

Stadtgemeinde Calw.
Der auf kommenden Mittwoch, den 13. Februar 1924
fällige
Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche im Bezirk
verboten.
Calw, den 9. Februar 1924.
Stadtschultheißenamt: Götner.

Stadtgemeinde Calw.
Stammholz-Verkauf

am Donnerstag, den 21. Februar 1924, nachm. 2 Uhr
im Rathaus im schriftlichen Ausschreibungs-Verfahren aus den Abteilungen
Lannenbuch, Stahlfäcker, Sulzthal, Rötelsbach, Vord. Spindel,
Spitalberg.
Fi. und La. 280 Fm. I.—VI. Klasse,
So. 78 Fm. II.—IV. Klasse.
Die Angebote zum Verkauf wollen verschlossen und
mit entsprechender Ausschreibung versehen, rechtzeitig bei der
Stadtpflege abgegeben werden.
Losverzeichnisse und weitere Auskunft durch Herrn
Förster Winterle.
Den 9. Februar 1924. Stadtpflege: Frey.

Gechingen.
Nächsten Freitag, den 15. ds. Mts.
bringt die Gemeinde einen erstklassigen

Schlachtfarren
zum Verkauf.
Schriftl. Angebote sind spätestens nachmittags 3 Uhr
einzureichen.
Den 9. Februar 1924.
Schultheißenamt: Schmidt.

Landw. Bezirksverein Calw.
Aus Lager ist:
Luzerne, Delkuchen,
Rothlee, Koch- und Viehsalz,
Wicken, Rheinania-
Roggen, Phosphat,
Aleie, Kalisalz,
Futtermehl, Rainit.
Thomasmehl
trifft in den nächsten Tagen ein.
Die Geschäftsstelle.

Zigarrenhaus
Reinhardt Bahnhof-
straße

Holländisch. Canaster
100 Gramm Mittelschnitt
garantiert reine Ware zu 50 Pfg.
sowie 100 Gramm Feinschnitt für
Pfeife u. Zigaretten zu 60 Pfg.
eingetroffen.

Ferner empfehle ich
mein reichhaltiges Lager in
Zigarren und Zigaretten.
Zigarren prima Qualität rein
Heber- 8 Pfg. an
see von
Zigaretten rein orientalischer
Tabak von 2 1/2 Pfg. an
Wiederverkäufer 10% Rabatt!


Damaft
für Deckbettbezüge, gestreift
und gebäumt
in großer Auswahl
Paul Ränckle, Calw.

Achtung! Achtung!
Günstige Gelegenheit
für Wiederverkäufer
bei billigster Berechnung!
Dieser Tage trifft
ein großer Posten Orangen
und andere Südsfrüchte
in unserer
Niederlage Fr. Lamparter am Marktpl.
ein.
Christian Neckerle, Import-Export, Stuttgart,
Wohlstraße 13.

Herzliche Einladung
zu den
3 Vorträgen
im Weiß'schen Saal, Badstraße
am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
je abends 8 Uhr,
1. Thema: „Die Reformation d. 20. Jahrhunderts!“
2. „Gottes letzte Warnungsbotschaft an
die Menschen!“
3. „Die Adventbewegung, eine religiöse
Zeitströmung!“
Redner: Prediger A. Ansel, Rutesheim.


Brockmann's
Futterkalk
Der beste Nährsalz-Futterkalk
mit Drogen
Ritter-Drogerie Calw.
Wiederverkäufer Fabrikpreise.

Weizenmehle
erste Marken
Otto Jung.
Provisions-Vertreter
welcher bei der Kundschaft des Schwarzwaldkreises gut ein-
geführt ist, für
Bernskleidung, Hosen, Windjacken usw.
von leistungsfähiger Firma gesucht. Angebote zu richten an
Josef Koch, Textilien gros, Befigheim.

Speßhardt.
Eine 29 Wochen trüchtige,
schwere, junge

Ruh
verkauft
Philipp Pöcher.
Am Mittwoch nachmittags
1 Uhr verkauft 3 neue
Hobelbänke
Blattlänge 2,20 m, Stärke
10 cm, unter 5 die Wahl
Gottlob Eug, Zimmer-
mann, Gechingen.


Windjacken
Zestehenden
Sportflanelhemden
Einjahhemden
Trikothemden
Unterjacken
Unterhosen
Socken
Sportstutzen
in großer Auswahl.
Paul Ränckle, Calw

Französische
Stunden
erteilt
Frau Eckerlin
(frühere französische Lehrerin)
Kaffeehaus, Postgasse
2-3000
Goldmark
auch in kleineren Posten,
gegen erste Sicherheit und
gute Verzinsung nur von
Selbstgebern gesucht.
Angebote unter Chiffre M.
R. 95 an die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Gesucht auf 15. Febr.
in Herrschaftshaus
(3 Personen) tüchtiges
Allein-
mädchen.
Kochen nicht unbedingt
erforderlich.
Frau Hans Dieß,
Karlsruhe,
Händelstraße 7.

Für einen Schüler höherer
Klasse wird für 15. Februar
Zimmer
mit Pension gesucht. Möbel
vorhanden.
Angebote unter G. B. 84
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Unterreichenbach.
Einen gut erhaltenen
Ruhwagen
mit Leitern
hat zu verkaufen
J. Erhardt, zur Sonne.

Stadtgemeinde Calw.
Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer
ab 1. Januar 1924.
Die Vorauszahlungen auf die Grund-, Gebäude- und
Gewerbesteuer sind durch Verordnung des Staatsministeriums
vom 30. Januar 1924 mit Rückwirkung vom 1. Januar 1924
auf eine neue Grundlage gestellt worden. Es ist bestimmt bei:
a) Grund- und Gebäudesteuer: Die in den ersten 8 Tagen
jeden Monats fälligen Vorauszahlungen sind bei Grund
und Gebäude aus 80 v. H., bei Waldungen aus 100 v.
H. des Friedenskatasters zu berechnen. Als Friedenska-
taster gilt das zuletzt festgestellte Steuerkapital ohne Zu-
schläge oder Abstriche.
Auf je 1000 Mark Friedenskataster entfallen deshalb
bei 5% Staatssteuer und 20% Gemeindeumlage ab 1.
Januar 1924 als Steuerschuldigkeit monatlich 18,75
Mark-, bei Waldungen 20,85 Mark.
b) Gewerbesteuer: Diese Steuer wird für die Monate
Januar bis März, sowie für das Rechnungsjahr 1924 nach
dem gewerblichen Reinertrag veranlagt, der für das Kalen-
derjahr 1924 zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer
herangezogen wird. Der steuerbare Betrag des gewerb-
lichen Reinertrags wird nach Ablauf des Kalenderjahrs
1924 bestimmt.
Bis zu der endgültigen Feststellung der Steuer sind
Vorauszahlungen in Goldmark zu leisten, die in den
ersten 8 Tagen jeden Monats fällig sind und monatlich
bezogen: Die Hälfte der Vorauszahlungen auf die
Einkommensteuer.
Leistet der Steuerpflichtige bis zum letzten Fälligkeits-
tag eines Monats keine Vorauszahlung oder steht die
Vorauszahlung außer Verhältnis zu seiner Leistungsfähig-
keit, zu seinem mutmaßlichen Reinertrag oder zu seinem
Verbrauch, so legt die Gemeindebehörde, ohne daß es
einer Verhandlung mit dem Steuerpflichtigen bedarf, den
vorauszahlenden Betrag fest.
Die Gewerbesteuerpflichtigen haben demnach ohne
weitere Aufforderung ihre Steuerschuld zu berechnen
und an die Stadtpflege abzuliefern.
Die Steuerpflichtigen werden in ihrem eigenen Interesse
aufgefordert, darauf zu achten, daß die steuerbaren Beträge
für jeden Monat voll der Besteuerung unversehrt werden,
weil etwaige bei der Nachprüfung sich ergebende Fehl-
beträge mit dem Zuschlag zu belegen sind.
Steuerzettel werden nicht ausgegeben. Die Steuer-
pflichtigen werden aufgefordert, die Schuldbigkeiten für
den Monat Januar und Februar 1924 bis spätestens
15. Februar dieses Jahres an die Stadtkasse zu bezah-
len. Für die künftigen Monate sind die Zahlungen bis
spätestens 8. jeden Monats zu entrichten. Die bis jetzt
für die Monate Januar bis März geleisteten Zahlungen
werden an der neuen Schuldbigkeit abgezogen.
Weitere Auskunft erteilt die Stadtpflege.
Calw, den 9. Februar 1924.
Stadtschultheißenamt: Götner.

Calw, den 11. Februar 1924.
Trauer-Anzeige.
Mein lieber Mann, unser treubesorgter
Vater, Schwager und Onkel
August Scholz
Postassistent,
ist nach schwerem Leiden sanft
verchieden.
In großem Leide:
Die Gattin Heinrike Scholz,
mit ihren Kindern
Maria, Carl und Hermann.
Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Manchester
für Herrenanzüge
und Polstermöbel,
Samt
für Kleider und Mäntel,
empfiehlt
Frau Karl Eberhard,
Witwe, beim „Acker“.

Beteranen-
und Militärverein.
Zur Beerdi-
gung unseres
lieben
Kameraden
August
Scholz
sammeln sich die Kameraden
Dienstag nachmittags 1/2 2 Uhr
beim Vorstand.

Most- & Rosinen!
Bestellungen hierauf
nimmt sofort entgegen
Fr. Lamparter.

Schöne Schurz-
und Kleiderzeuge
in großer Auswahl
Paul Ränckle, Calw.